



Kanton Basel-Landschaft

Regierungsrat

Vorlage an den Landrat

betreffend Budget 2003

vom 10. September 2002

Gemäss §§ 32 und 33 des Finanzhaushaltsgesetzes ¹ legt der Regierungsrat das Budget für das Haushaltsjahr 2003 sowie den Finanzplan für die Jahre 2004 – 2006 vor.

Inhaltsverzeichnis

1. Gesamtwürdigung des Budgets 2003	2
2. Rahmenbedingungen	2
2.1. Volkswirtschaftliche Rahmenbedingungen	2
2.2. Finanzlage des Bundes	3
2.3. Besondere Einflussfaktoren im Budget 2003	3
3. Überblick über den Staatshaushalt	6
3.1. Laufende Rechnung und Investitionsrechnung	6
3.2. Finanzkennzahlen	7
4. Analyse des Budgets 2003	9
4.1. Aufwendungen nach Kontogruppen	9
4.2. Entwicklung der Erträge nach Artengliederung	10
5. Interkantonale Zusammenarbeit	12
5.1. Budget und Entwicklung des Universitäts-Kinderspitals beider Basel	12
5.2. Budget und Entwicklung der Fachhochschule beider Basel	12
5.3. Budget und Entwicklung der Universität Basel	14
6. Bemerkungen zur Investitionsrechnung	15
7. Finanzierungssaldo und Verschuldung	15
8. Finanzplan 2004 – 2006	15
9. Neue und geänderte Leistungsaufträge	19
9.1. Landeskanzlei und Staatsarchiv	19
9.2. Übersicht über die geänderten Leistungsaufträge	20
9.2.1 Finanz- und Kirchendirektion	20
9.2.2 Justiz-, Polizei- und Militärdirektion	20
9.2.3 Volkswirtschafts- und Sanitätsdirektion	20

¹ SGS 310

1. Gesamtwürdigung des Budgets 2003

Mit dem Budget 2003 wird zum dritten Mal in Folge eine defizitäre Laufende Rechnung präsentiert. Das Budget 2003 kann mit einem Defizit in der Laufenden Rechnung von 34.7 Mio. Franken nicht befriedigen. Der Selbstfinanzierungsgrad von rund 60% ist zwar höher als im Vorjahresbudget (55%) und in der Rechnung 2001 (58.6%), aber nach wie vor ungenügend. Gemäss Regierungsprogramm 1999-2003 sollte die Selbstfinanzierungsquote mittelfristig mindestens 100% betragen. In Anbetracht der erschwerten Rahmenbedingungen ist ein Defizit in der Laufenden Rechnung jedoch akzeptabel, weil das Budget 2003 einen Zwischenschritt zum Finanzhaushaltsausgleich im Jahr 2004 darstellt.

Im Jahr 2003 wird der Baselbieter Staatshaushalt vom Bund her mit mehr als 20 Mio. Franken Saldoverschlechterung belastet. Diese Mehrbelastungen müssen in kantonseigenen Bereichen mit Minderausgaben aufgefangen werden. Gegenwärtig kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, dass der Bund bei der Ausarbeitung von Gesetzesvorlagen die Kantonsinteressen nicht immer mit hoher Priorität verfolgt. Zu erwähnen sind die geplanten Vorhaben im Bereich der Krankenversicherung, der Familienbesteuerung und bei der Verwendung der Nationalbank-Goldreserven. Unser finanzielle Handlungsspielraum wird aufgrund der Bundespolitik zunehmend eingengt.

Aufgrund der geplanten Vorhaben betrug der Saldo der Laufenden Rechnung 2003 in der ersten Budgetphase –88 Mio. Franken. Der Finanzplan 2002 bis 2005 ging noch von einem Saldo in der Laufenden Rechnung von -94 Mio. Franken aus. Der Budgetprozess 2003 verlangte daher auch bei einem Zielsaldo von –35 Mio. Franken von allen Direktionen, von der Landeskanzlei und vom Gericht eine intensive Priorisierung und die Festlegung von Posterioritäten. Mit Blick auf die direktionsweisen Vorgaben erarbeiteten alle Direktionen in intensiven Prozessen die Direktionsbudgets. Die knappen Ressourcen zwingen alle zu einer verstärkten Prioritätensetzung und geplante Vorhaben müssen teilweise aufgeschoben werden. Es kann aber ganz klar festgehalten werden: In der Verwaltung findet kein genereller Leistungsabbau statt. Sowohl der Personal- als auch der Investitionsbereich werden im Budget aufgestockt. Es werden auch im Budget 2003 neue Aufgaben in Angriff genommen bzw. neue Gesetze mit Mehrausgaben berücksichtigt. Allfällige direktionsspezifische Entlastungsmassnahmen sind im Vorspann zu den direktionsweisen erläuternden Bemerkungen aufgeführt.

Die Perspektiven im Finanzplan 2004 bis 2006 zeigen, dass auch in den kommenden Jahren die Posterioritäten verstärkt gesetzt werden müssen. Werden alle geplanten Vorhaben realisiert, resultieren in den Jahren 2004 bis 2006 Defizite in der Laufenden Rechnung von 145 Mio. Franken bis über 200 Mio. Franken.

2. Rahmenbedingungen

2.1. Volkswirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die Ausarbeitung des Budgets basiert auf einem realistisch optimistischen Szenario für die Konjunkturentwicklung. Dieses geht von einem verstärkten Wirtschaftsaufschwung im kommenden Jahr aus, der durch die zeitlich verschobenen Auswirkungen der expansiven Geldpolitik

und einer schrittweisen Erholung des Aussenhandels unterstützt wird. Unter diesen Voraussetzungen bleibt die Erwerbslosenquote tief, die Teuerung nimmt leicht zu und die Zinssätze steigen moderat an. Das Budget geht von folgenden volkswirtschaftlichen Eckwerten aus: (Bei den Annahmen handelt es sich um Jahresdurchschnittswerte.)

Veränderungen in %	2000	2001	2002	2003
Bruttoinlandprodukt Schweiz, real	3.0	1.3	1.0	1.0
Bruttoinlandprodukt Schweiz, nominell	4.6	2.3	1.6	2.0
Allg. Konsumentenpreisteuerung	1.6	1.0	0.6	1.0
Arbeitslosenquote	2.0	1.9	2.5	2.4
Zins Kapitalmarkt (Durchschnittsrendite der Bundesobligationen)	3.9	3.3	3.5	3.6
Zins Geldmarkt (Dreimonatssatz)	3.0	3.1	1.3	2.0

Quelle: Banken und Prognoseinstitute

Die getroffene Annahme zum realen Wirtschaftswachstum für das kommende Jahr deckt sich in etwa mit den zur Zeit von Banken und Instituten genannten Werten.

2.2. Finanzlage des Bundes

Die Landesregierung hat den eidg. Räten einen schuldenbremsenkonformen Voranschlag 2003 mit einem positiven Saldo von rund 60 Mio. Franken unterbreitet. Das Ausgabenwachstum beträgt gegenüber dem Vorjahresbudget rund ein Prozent. Dieses Ausgabenniveau konnte nur dank Bereinigungen in allen wichtigen Aufgabengebieten erreicht werden. Kürzungen wurden im Eigenbereich (zivile Bauten, Dienstleistungen Dritter, Lohnmassnahmen), beim Militär, bei der Landwirtschaft und den Verkehrsinfrastrukturen notwendig.

Aufgrund der Perspektiven im Finanzplan, welcher in den Jahren 2004 bis 2006 Defizite im Umfang von 500 bis 900 Mio. Franken aufweist, besteht in den Folgejahren Korrekturbedarf. Die Anforderungen der Schuldenbremse können nur erreicht werden, wenn das Parlament auf seine Teilbeschlüsse zum Sozialziel in der Krankenversicherung und zum Bundesanteil an den AHV/IV-Mehrwertsteuerprozenten zurückkommt.

2.3. Besondere Einflussfaktoren im Budget 2003

Der Kantonshaushalt des Kantons Basel-Landschaft wird durch Faktoren beeinflusst, welche durch übergeordnetes Recht (Bundesrecht oder interkantonaies Recht) bestimmt und nicht beeinflussbar sind. Es handelt sich um sog. gebundene Ausgaben. Erfahrungsgemäss sind kurzfristig 90% des kantonalen Ausgabenvolumens gebunden. Desweiteren sind im Budget 2003 neue oder erweiterte Aufgaben festzustellen, welche in kantonaler Kompetenz liegen. Im folgenden werden diese Sonderfaktoren und deren Auswirkung auf den Saldo der Laufenden Rechnung dargestellt.

Einfluss der Bundespolitik und von interkantonalen Vereinbarungen auf die Staatsrechnung Kanton Basel-Landschaft	R 2001	B 2002	B 2003	Auswirkung auf Saldo L.R. (Vergleich mit B 2002)
In Mio. Fr.				
Bundesrecht				
Beiträge an AHV/IV (netto; ohne Berücksichtigung des Einflusses des revidierten Finanzausgleichsgesetzes)	78.1	76.9	86.5	-9.6
Beiträge an Ergänzungsleistungen der AHV/IV-Renten (netto; ohne Berücksichtigung des Einflusses des revidierten Finanzausgleichsgesetz)	28.9	30.4	41.5	-11.1
Wegfall Verzinsung von Darlehen für die Arbeitslosenversicherung	2.3	1.8	0	+1.8
Beiträge an Privat- u. Halbprivatversicherte in öff. Spitälern (dringl. Bundesgesetz v. 21.6.02)	0	0	13.8	-13.8
Anteile an Bundessteuern	77.2	119.2	114.0	-5.2
Reduktion der Gebühreneinnahmen beim KIGA infolge Inkrafttreten der bilateralen Verträge Schweiz-EU	1.9	1.7	0.9	-0.8
a.o. Nationalbankgewinn	26.7	26.5	44.1	+17.6
Einfluss von Bundesrecht				-21.1
Interkantonale Verträge				
Beiträge für UKBB	18.1	15.4	17.4	-2.0
Mehreleistungen im öffentlichen Verkehr (Beiträge an Bund und öff. Verkehrsbetriebe) (netto)	21.9	23.2	24.4	-1.2
Entschädigungen an Basler Privatspitäler	5.3	5.5	0.8	+4.7
Staatsbeiträge im Rahmen des Spitalabkommens mit Kt. Solothurn	6.0	4.3	6.8	-2.5
Staatsbeiträge im Rahmen des Spitalabkommens mit Kt. Basel-Stadt	14.9	17.4	16.6	+0.8
Erhöhung Beiträge an Fachhochschulen gemäss Schulabkommen	16.1	16.0	16.8	-0.8
Einfluss von interkantonalem Recht				-1.0
Mehrbelastung durch nicht beeinflussbares Recht				-22.1

Der Saldo der Laufenden Rechnung verschlechtert sich aufgrund von nicht beeinflussbaren Faktoren um 22.1 Mio. Franken.

Betrachtet man die Baselbieter Sonderfaktoren im Budget 2003, so sind folgende Bereiche erwähnenswert, in welchen neue Aufgaben in Angriff genommen werden sollen:

Einfluss von kantonalen Sonderfaktoren (neue oder erweiterte Aufgaben)	Auswirkung auf Saldo L.R. (Vergleich mit B 2002)
In Mio. Fr.	
Schaffung einer Fachstelle für Familienfragen	-0.2
Bekämpfung der Schwarzarbeit	-0.3
Schaffung einer 5. Akutstation in der Psychiatrischen Klinik	-2.0
Inkraftsetzung Bildungsgesetz	-3.2
Fusion der HPSA	-3.1
Subventionierung der Sinfonietta	-0.3
Raumbeschaffung für zusätzliche Informatiker-Klassen an der Gewerbl. Industr. Berufsschule	-1.2
Beitrag an Baselland Tourismus	-0.3
Prävention Take-Off	-0.3
Erhöhung Taxpunktwerte für Kinder- u. Jugendzahnpflege	-0.2
Mehrbelastung durch kantonale Sonderfaktoren	-11.1

Im Budget 2003 weiter berücksichtigt ist die Revision des kantonalen Finanzausgleichs. Diese Revision fällt im Jahr 2003 für den Kantonshaushalt annähernd saldoneutral aus. Der revidierte Finanzausgleich führt in folgenden Bereichen zu Verschiebungen in den Finanzströmen:

Rubrik	Budget 2003	Aktuelle Budgetwerte 2003 In Mio. Fr. (-=Mehrbelastung Kanton)
2160	Wegfall Gemeindebeiträge AHV/IV	-41.4
2163	Höherer Gemeindeanteil an EL AHV	23.1
2522	Übernahme Realschulen z.L. Kanton	-33.5
2521	Kindergarten z.L. Kanton	-7.0
2521	Reduktion der Subventionen für Primarschulen	14.6
2115	Wegfall Gemeindeanteile an Kantonssteuern	39.5
	Belastung Kanton insgesamt	-4.7

3. Überblick über den Staatshaushalt

3.1. Laufende Rechnung und Investitionsrechnung

Die *Laufende Rechnung* weist einen Aufwandüberschuss von 34.7 Mio. Franken aus, was sowohl gegenüber dem Vorjahresbudget (Saldo Laufende Rechnung: -46.6 Mio. Fr.) als auch gegenüber der Rechnung 2001 (Saldo: -51 Mio. Fr.) eine Verbesserung darstellt. Die Budgettrichtlinien für das Jahr 2003 sind von einem Zielsaldo von -35 Mio. Franken ausgegangen, welcher damit erreicht wurde. Die Aufwendungen nehmen um 1.6% oder 36.9 Mio. Franken zu, was unter dem nominellen Wirtschaftswachstum von 2% liegt. Der Ertrag nimmt um 48.8 Mio. Franken oder 2.2 % gegenüber dem Vorjahresbudget zu. Berücksichtigt man die erstmals anfallende ausserordentliche Nationalbankgewinn-Ausschüttung von 17.5 Mio. Franken, so liegt auch das Ertragswachstum unter dem nominalen Wirtschaftswachstum.

Das Investitionsniveau wird mit 188.9 Mio. Franken gegenüber dem Vorjahresniveau um 13.7 Mio. Franken oder 7.8% erhöht. Die Nettoinvestitionen verharren dank Bundesbeiträgen (Kaserne Liestal und Strassenbauten) auf dem Vorjahresniveau. Dies entspricht der Verstetigungspolitik des Regierungsrates.

in Mio. Fr.	Rechnung 2001	% Ver. zu R 01	Budget 2002 inkl. NK	% Ver. zu B 02	Budget 2003
LAUFENDE RECHNUNG					
Aufwand	2'211.0	1.9	2'254.1	1.6	2'291.0
Ertrag	2'160.0	2.2	2'207.5	2.2	2'256.3
Saldo Laufende Rechnung	-51.0	-8.6	-46.6	-25.5	-34.7
INVESTITIONSRECHNUNG					
Ausgaben	159.9	9.6	175.2	7.8	188.9
Einnahmen	28.4	-7.7	26.2	50.0	39.3
Nettoinvestitionen	-131.5	13.3	-149.0	0.4	-149.6
SELBSTFINANZIERUNG					
Saldo Laufende Rechnung	-51.0	-8.6	-46.6	-25.5	-34.7
Abschreibungen Verwaltungsverm.	128.1	0.4	128.6	-2.7	125.1
Selbstfinanzierung	77.1	6.4	82.0	10.2	90.4
Selbstfinanzierung	77.1	6.4	82.0	10.2	90.4
Nettoinvestitionen	-131.5	13.3	-149.0	0.4	-149.6
Finanzierungssaldo	-54.4	23.2	-67.0	13.2	-59.2
Selbstfinanzierungsgrad (%)	58.6	-6.1	55.0	-8.9	60.4

Die *Selbstfinanzierung* erhöht sich aufgrund des tieferen Aufwandüberschusses in der Laufenden Rechnung sowohl gegenüber dem Vorjahresbudget als auch der Rechnung 2001, und zwar auf 90.4 Mio. Franken. Der Selbstfinanzierungsgrad erreicht mit 60.4% das Soll nicht.

3.2. Finanzkennzahlen

Bis anhin wurde mit dem Budget bzw. mit der Rechnungsablage jeweils der Selbstfinanzierungsgrad ausgewiesen. Zur besseren Steuerung und Beurteilung des Staatshaushalts wurde ein Finanzkennzahlen-System erarbeitet. Ziel ist, die Entwicklung des Staatshaushalts mit einigen wenigen Schlüsselzahlen beurteilen und mit anderen Kantonen vergleichen zu können. Die Finanzkennzahlen stellen entweder einen Bezug zum Volkseinkommen (z.Bsp. Staats- und Steuerquote) oder einen Bezug zwischen Aufwands- und Ertragskategorien (z.Bsp. Zinsbelastungs- und Transferanteil) her. Da die Aussagekraft der Finanzkennzahlen im Mehrjahresvergleich zunimmt, werden im folgenden vier Jahre miteinander verglichen.

Finanzkennzahlen	R 2000	R 2001	B 2002	B 2003
Staatsquote	15.3%	15.4%	15.6%	15.8%
Steuerquote	8.7%	8.0%	8.0%	8.2%
Brutto-Investitionsquote	1.3%	1.2%	1.3%	1.3%
Netto-Investitionsquote	0.2%	0.2%	0.2%	0.3%
Selbstfinanzierungsgrad	91.9%	58.6%	55.0%	60.5%
Neuverschuldungsgrad	8.1%	41.4%	45.0%	39.5%
Kapitaldienstanteil	4.5%	4.0%	4.9%	4.7%
Zinsbelastungsanteil	-0.9%	-1.7%	-0.7%	-0.8%
Investitionsanteil	8.3%	7.9%	8.4%	8.8%
Transferanteil	39.9%	43.2%	43.3%	41.7%

Für die Definitionen vgl. nachfolgende Seite.

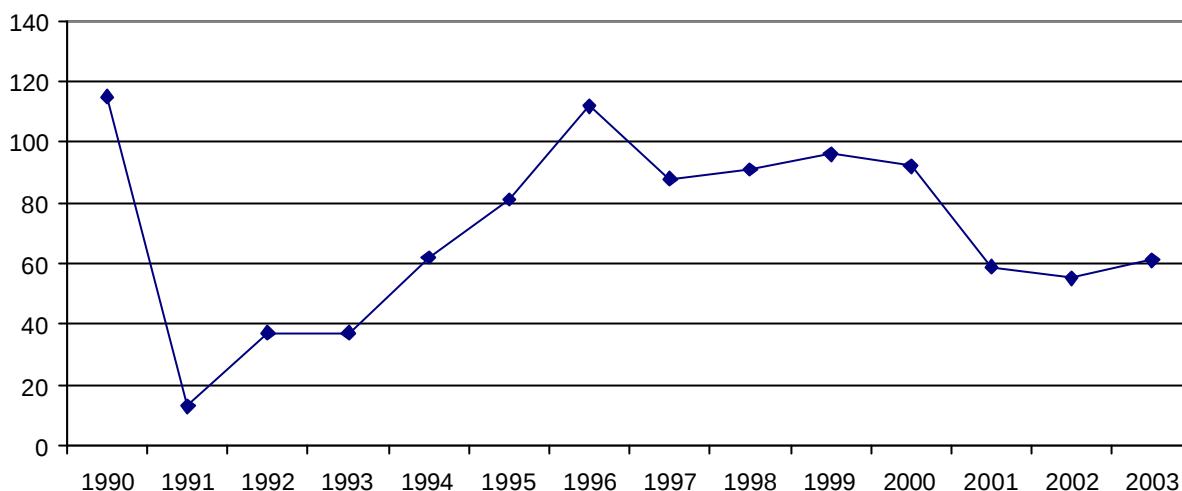
Die **Staatsquote** erfährt mit dem Budget 2003 eine weitere Erhöhung. Mit anderen Worten wächst der Staatshaushalt stärker als das Volkseinkommen. Der Trend der vergangenen drei Jahre setzt sich damit fort. Die **Steuerquote** hat zum ersten Mal im Jahr 2001 eine starke Reduktion um 0.7 Prozentpunkte erfahren, was auf die Steuerausfälle aufgrund der Bemessungslücke zurückgeht. Im Jahr 2003 erhöht sich die Steuerquote wiederum leicht, da die negativen Effekte aus der Bemessungslücke wegfallen. **Brutto- und Nettoinvestitionsquote** bleiben über die Jahre hinweg relativ stabil, was von einer Verstetigung des Investitionsniveaus zeugt.

Aufgrund des gegenüber dem Vorjahr höheren Finanzierungssaldos nimmt der **Neuverschuldungsgrad** ab.

Mit Erstarren der Ertragsseite und vor dem Hintergrund des nach wie vor tiefen Zinsniveaus nimmt der **Kapitaldienstanteil** ab. Der **Zinsbelastungsanteil** ist negativ, da der Nettovermögensertrag grösser ist als die Passivzinsen. Der **Investitionsanteil** am bereinigten Ertrag nimmt aufgrund des erhöhten Bruttoinvestitionsvolumens gegenüber dem Vorjahr zu.

Der Verlauf des **Selbstfinanzierungsgrads** geht aus folgender Grafik hervor:

Selbstfinanzierungsgrad in % der Nettoinvestitionen



Der Selbstfinanzierungsgrad liegt mit 60% unter der im Regierungsprogramm geforderten Zielgrösse. Mittelfristig sollten die Nettoinvestitionen zu 100% finanziert sein.

Definitionen:

Staatsquote: Konsolidierte Gesamtausgaben² in % des Volkseinkommens³.

Steuerquote: Allgemeine Steuern in % des Volkseinkommens³.

Brutto-Investitionsquote: Brutto-Investitionen in % des Volkseinkommens³.

Netto-Investitionsquote: Netto-Investitionen in % des Volkseinkommens.

Selbstfinanzierungsgrad: Selbstfinanzierung in % der Nettoinvestitionen.

Neuverschuldungsgrad: Finanzierungssaldo in % der Nettoinvestitionen.

Kapitaldienstanteil: Passivzinsen und ordentliche Abschreibungen auf dem Verwaltungsvermögen abzüglich Nettovermögensertrag⁴ in % des bereinigten Ertrags⁵.

Zinsbelastungsanteil: Passivzinsen abzüglich Nettovermögensertrag⁴ in % des bereinigten Ertrags⁵.

Investitionsanteil: Eigene Investitionen (Investitionen in Sachgüter plus Eigene Investitionsbeiträge) in % des bereinigten Ertrags⁵.

Transferanteil: Transfers (Anteile und Beiträge ohne Zweckbindung plus Entschädigungen an öffentliche Gemeinwesen, Eigene Laufende Beiträge, Eigene Investitionsbeiträge) in % der konsolidierten Gesamteinnahmen⁶.

² Aufwand Laufende Rechnung und Ausgaben Investitionsrechnung ohne Abschreibungen, durchlaufende Beiträge, Einlagen in Spezialfinanzierungen und Fonds, interne Verrechnungen.

³ Das kantonale Volkseinkommen wird vom Bundesamt für Statistik (BFS) für alle Kantone ermittelt. Es ist die einzige Kennziffer der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, die auf Kantonsebene berechnet wird. Die aktuellste Angabe des BFS zum Baslerbieter Volkseinkommen ist der provisorische Wert für das Jahr 2000. Die Zahlen für 2001 und die Folgejahre sind auf Grund der für das Budget angenommenen Prognosen hochgerechnet. Die ausgewiesenen Quoten für diese Jahre werden ändern, sobald das definitive Volkseinkommen des BFS für 2000 und neue Wachstumsprognosen vorliegen.

⁴ Vermögensertrag abzüglich Unterhaltsaufwand für Liegenschaften im Finanzvermögen.

⁵ Ertrag Laufende Rechnung abzüglich durchlaufende Beiträge, Entnahmen aus Spezialfinanzierungen und Fonds sowie interne Verrechnungen.

⁶ Gesamteinnahmen abzüglich durchlaufende Beiträge, Entnahmen aus Spezialfinanzierungen und Fonds, interne Verrechnungen, durchlaufende Investitionsbeiträge.

4. Analyse des Budgets 2003

4.1. Aufwendungen nach Kontogruppen

Die verschiedenen Aufwandskategorien haben sich gegenüber dem Budget 2002 und der Rechnung 2001 wie folgt entwickelt:

in Mio. Fr.	Rechnung 2001	% Ver. zu R 01	Budget 2002	% Ver. zu B 02	Budget 2003
Aufwand Laufende Rechnung					
30 Personalaufwand	757.7	2.3	775.3	8.9	844.3
31 Sachaufwand	244.6	1.3	247.7	1.9	252.4
32 Passivzinsen	54.7	-6.0	51.4	-0.6	51.1
33 Abschreibungen	149.0	-5.2	141.3	2.1	144.3
34 Anteile und Beiträge ohne Zweckbindung	113.3	0.4	113.8	-33.2	76.0
35 Entschädigungen an öffentliche Gemeinwesen	86.7	4.4	90.5	-7.6	83.6
36 Eigene Laufende Beiträge	673.4	3.2	695.0	4.4	725.4
37 Durchlaufende Beiträge	76.0	5.8	80.4	3.4	83.1
38 Einlagen in Spezialfinanzierungen und Fonds	6.2	56.5	9.7	-17.5	8.0
39 Interne Verrechnungen	49.4	-1.0	48.9	-53.4	22.8
Gesamttotal Aufwand	2'211.0	1.9	2'254.0	1.6	2'291.0

Der **Personalaufwand** nimmt gegenüber dem Vorjahresbudget um 8.9% zu, was einem Zuwachs von 69.0 Mio. Franken entspricht. Diese Entwicklung ist auf allgemeine Lohnsteigerungen, auf eine Aufstockung von Stellen und auf ausserordentliche Effekte zurückzuführen. Der Erfahrungsstufen-Anstieg und der Teuerungsausgleich machen rund 23 Mio. Fr. aus. Aufgrund der Übernahme der Löhne der Lehrpersonen an Realschulen (im Rahmen des revidierten Finanzausgleichs) resultieren Mehrausgaben von 32.5 Mio. Fr. Die restliche Zunahme, rund 13 Mio. Franken, sind auf einen Stellenausbau zurückzuführen (v.a. im Gesundheitsbereich, bei der Polizei und bei der gewerblich-industriellen Berufsschule Muttenz). Ohne Effekt der Übernahme der Löhne der Lehrpersonen an Realschulen resultiert gegenüber dem Vorjahr eine Zunahme des Personalaufwands von 4.7%.

Der Teuerungsausgleich ist bei der FKD zentral eingestellt. Nach Festlegung des Teuerungsausgleichs und nach Verabschiedung des Budgets 2003 durch den Landrat wird der Teuerungsausgleich linear auf die Personalkonti verteilt. Dies erlaubt eine kontinuierliche Soll-Ist-Abweichungs-Analyse während des Jahres 2003.

Der **Sachaufwand** nimmt um 1.9% oder 4.7 Mio. Fr. zu. Ein grosser Teil des Zuwachses ist auf erhöhten Bedarf an medizinischem Verbrauchsmaterial zurückzuführen.

Die **Anteile und Beiträge ohne Zweckbindung** fallen wegen dem Wegfall des Gemeindeanteils an den kantonalen Steuern im Rahmen des revidierten Finanzausgleichs (39.5 Mio. Fr.) tiefer aus als in den Vorjahren.

Die **Entschädigungen an öffentliche Gemeinwesen** belaufen sich auf 83.6 Mio. Fr. und weisen gegenüber dem Vorjahresbudget damit eine Reduktion von 6.9 Mio. Fr. auf.

Die **Eigenen Laufenden Beiträge** nehmen gegenüber dem Vorjahresbudget um 30.4 Mio. Fr. zu. Neu sind die Beiträge an Privat- und Halbprivat-Versicherte in öffentlichen Spitälern (13.8 Mio. Fr.).

4.2. Entwicklung der Erträge nach Artengliederung

Die Erträge weisen insgesamt einen Zuwachs von 48.7 Mio. Franken oder 2.2% auf. Im einzelnen sind folgende Entwicklungen festzustellen:

in Mio. Fr.	Rechnung 2001	% Ver. zu R 01	Budget 2002	% Ver. zu B 02	Budget 2003
Erträge Laufende Rechnung					
40 Steuern	1161.1	1.0	1173.3	4.1	1221.7
41 Regalien und Konzessionen	34	-1.5	33.5	53.4	51.4
42 Vermögenserträge	90.1	-34.3	67.1	1.3	68
43 Entgelte	362.4	0.4	363.9	5.3	383.3
44 Anteile und Beiträge ohne Zweckbindung	74.5	35.1	114.8	-5.0	109.1
45 Rückerstattungen von öffentlichen Gemeinwesen	43.9	1.3	44.5	5.6	47.0
46 Laufende Beiträge für eigene Rechnung	268.7	4.0	280	-3.8	269.4
47 Durchlaufende Beiträge	75.4	6.2	80.4	3.4	83.1
48 Entnahmen aus Spezialfinanzierungen und Fonds	0.2	0.0	0.2	100.0	0.4
49 Interne Verrechnungen	49.4	0.8	49.8	-54.2	22.8
Gesamttotal Einnahmen	2'160.0	2.1	2'207.5	2.2	2'256.2

Beim Steuerjahr 2003 fallen die negativen Effekte aus der Bemessungslücke (1999 und 2000) weg. Berücksichtigt ist die Steuergesetzrevision mit Übernahme der Bundesregelung bei den Krankheitskosten. Bei Annahme des Referendums gegen die Steuergesetzrevision sind Minde-
rerträge von 9 Mio. Franken zu erwarten.

Bei den **Regalien und Konzessionen** fällt die neu anfallende a.o. Nationalbankgewinn-Ausschüttung mit 17.6 Mio. Franken ins Gewicht.

Die Zunahme bei den **Entgelten** ist vor allem auf eine bessere Ausschöpfung des Gebührenrahmens (+ 4 Mio. Fr.), auf die Erhöhung der Pflögetaxen (+14.4 Mio. Fr.) und auf Mehreinnahmen aus Bussen (+2.8 Mio. Fr.) zurückzuführen.

Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über die **Steuererträge gegliedert nach Arten**:

Steuern in Mio. Fr.	Rechnung 2001	% Ver. zu R 01	Budget 2002	% Ver. zu B 02	Budget 2003
Einkommenssteuer nat. Personen	664.1	8.7	722.0	5.8	764.0
Vermögenssteuer nat. Personen	84.4	6.6	90.0	0.0	90.0
Grenzgänger, Nach- und Straf- steuern; Doppelbest.abkommen	31.5	5.4	33.2	6.9	35.5
Ertragssteuer juristische Personen	135.1	-3.8	130.0	6.9	139.0
Kapitalsteuer juristische Personen	13.6	-4.4	13.0	7.7	14.0
Kirchensteuer jurist. Personen	7.4	-2.7	7.2	6.9	7.7
Abfindungen, Liquidationen	40.2	-70.1	12.0	-58.3	5
Grundstückgewinnsteuer	34.7	15.3	40.0	-7.5	37.0
Handänderungssteuer	31.2	-10.3	28.0	0.0	28.0
Erbschafts- und Schenkungssteuer	50.0	-44.0	28.0	0.0	28.0
Verkehrssteuer	68.9	1.5	69.9	5.2	73.5
Gesamttotal Steuern	1161.1	1.1	1'173.3	4.1	1'221.7

Die positive Entwicklung bei den *Einkommenssteuern der natürlichen Personen* ist im wesentlichen darauf zurückzuführen, dass die negativen Effekte aus der Bemessungslücke entfallen; im weiteren ist die Übernahme der Bundesregelung bei den Krankheitskosten berücksichtigt (Referendumsabstimmung im November 2002). Die *Ertragssteuern der juristischen Personen* sind auf dem Niveau der effektiven Fakturierungen für 2001 eingestellt, da die für uns wichtigsten Unternehmen vornehmlich ausserhalb des Finanzbereichs tätig sind und im wesentlichen ihre Erträge aus dem operativen Geschäft erwirtschaften. *Steuern aus Abfindungen und Liquidationen* werden nach nunmehr abgeschlossenem Übergang auf die einjährige Gegenwartsbesteuerung nur noch bei Kapitalabfindungen aus 2. und 3. Säule anfallen. Bei den *Verkehrssteuern* ist eine weitere deutliche Zunahme budgetiert.

5. Interkantonale Zusammenarbeit

5.1. Budget und Entwicklung des Universitäts-Kinderspitals beider Basel

Das Universitäts-Kinderspital beider Basel (UKBB) hat seine erste turbulente Phase überstanden. Diese Phase war unter anderem gekennzeichnet durch ein ungenügendes Rechnungswesen, das nicht ausreichend betreut wurde und deshalb zu zusätzlichen Betriebsverlusten geführt hat. Seit Anfang des laufenden Jahres können die grössten Schwierigkeiten im Rechnungswesen als überwunden gelten, indem eine neue Direktion, eine neue Leitung des Rechnungswesens und externe Experten die grössten Fehler beseitigt haben.

Im Staatsbudget 2003 ist ein Staatsbeitrag an das UKBB von 17.4 Mio. Franken vorgesehen. Dies entspricht einer Steigerung gegenüber dem Vorjahresbudget von 2 Mio. Fr. bzw. 13%. Der Leistungsauftrag für das Jahr 2003 muss neu festgelegt werden. Er war zur Zeit der Drucklegung der Botschaft noch in Bearbeitung. Die Höhe des Staatsbeitrags wurde unter der Annahme festgelegt, dass die in Verhandlung stehenden Tarifierungen durch die Versicherer akzeptiert werden.

Gemäss Halbjahresabschluss per 30. Juni 2002 liegt die Entwicklung des Aufwands genau im Budget 2002. Auf der Ertragsseite liegt sogar ein Mehrertrag von 1.5 Mio. Fr. vor. Diese Entwicklung ist auf die über den Erwartungen liegende Anzahl Pflgetage zurückzuführen. Im ersten Halbjahr betrug die Bettenbelegung 79%. Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer liegt bei 8.3 Tage.

5.2. Budget und Entwicklung der Fachhochschule beider Basel

Das Budget 2003 sieht einen Gesamtaufwand von 75.1 Mio. Franken vor. Insgesamt 65.1 Mio. Franken bzw. 87 % des Gesamtaufwands werden durch öffentliche Gelder gedeckt (inkl. akquirierte Projektmittel). Der Globalbeitrag der Kantone Basel-Landschaft und Basel-Stadt an die FHBB wird, vorbehaltlich der Zustimmung des Landrats, gegenüber dem Vorjahr um CHF 1.6 Mio. erhöht und beläuft sich neu auf 36.9 Mio. Franken. Der Anteil des Kantons Basel-Landschaft beträgt dabei 25.0 Mio. Fr. (gegenüber 24.8 Mio. im laufenden Jahr). Auf den Kanton Basel-Stadt entfallen 11.9 Mio. Fr. (gegenüber 10.5 Mio. Fr. für 2002). Für Studierende anderer Kantone werden aus den interkantonalen Abkommen Beiträge von 9.2 Mio. Fr. erwartet. Die Bundesbeiträge belaufen sich auf 15.2 Mio. Franken. Die Einnahmen aus Projekten und Dienstleistungen werden auf 7.1 Mio. Fr. beziffert (davon KTI- und Nationalfondsmittel: 2.0 Mio., weitere öffentlich finanzierte Projekte 1.9 Mio. Fr.). Das Total der Erträge wird mit 73.7 Mio. Fr. budgetiert. Das Budget 2003 weist damit ein Rechnungsdefizit von 1.41 Mio. Franken auf.

Dieses Budget ist das Ergebnis mehrerer Optimierungsschritte sowie einer intensiven Verzichtsplanung der FHBB-Direktion und des Fachhochschulrates. Die Leistungsaufträge 2003 werden vom Fachhochschulrat im Oktober 2002 verabschiedet.

Die Erhöhung des Globalbeitrags um CHF 1.6 Mio. vermag das Rechnungsdefizit nicht abzuwenden. Sie berücksichtigt einzig die erwartete Teuerung und den Stufenanstieg im Personalbereich sowie die vom Landrat beschlossene Integration des trinationalen Ingenieurstudienganges Mechatronik, der bisher über Interreg-Gelder finanziert wurde. Nur einschneidende Spar- und Verzichtsmassnahmen des Fachhochschulrates verhindern ein erhebliches Ansteigen des Fehlbetrags: Auflösung bzw. Restrukturierung des CIM-Zentrums; Kürzungen im Investitionsbereich und bei den Forschungsmitteln aller Departemente; Beschluss, dass Weiterbildungsangebote (Kurse, Seminare) finanziell selbsttragend sein müssen (Streichung von Angeboten bzw. Gebührenerhöhung) und für NDS vorgegebene Deckungsbeiträge eingehalten werden müssen.

Für das laufende Jahr ist ein Defizit von 0.9 Mio. Fr. budgetiert. Bereits berücksichtigt sind dabei Auflösungen von Rücklagen im Umfang von 2.9 Mio. Fr. Das Ergebnis 2002 wird voraussichtlich von zusätzlichen, ausserordentlichen Aufwendungen geprägt sein. Risiken, die auch die Rechnung 2002 allfällig belasten könnten, ergeben sich aus den Restrukturierungskosten für das CIM-Zentrum (v.a. Massnahmen im Personalbereich) sowie aus einer Nachforderung der Pensionskasse Basel-Stadt (Einsprache der FHBB hängig).

Die Regierungen von Basel-Landschaft und Basel-Stadt haben vertragsgemäss den Beitragschlüssel für die Berechnung des Globalbeitrags neu festgelegt. Aufgrund der neuesten Entwicklung der Studierendenzahlen beträgt der Anteil ab 1.8.2003 für BL neu 65 % (bisher 71 %) und für BS neu 35 % (bisher 29 %). Mit der neuen Quote, die sich erstmals 2004 voll niederschlagen wird, wird Basel-Landschaft um rund 2.1 Mio. Franken pro Jahr entlastet. Um den gleichen Betrag erhöht sich der Beitrag von Basel-Stadt.

Zur Sorge Anlass gibt die Erkenntnis, dass die FHBB unter Berücksichtigung ihres heutigen Leistungsauftrags und unter der Annahme, dass die heutige Produktpalette "eingefroren" würde, strukturell unterfinanziert ist. Die Finanzierung des seit der Gründung 1997 im Rahmen der strategischen Aufbauarbeiten erheblich erweiterten Angebots konnte bisher grösstenteils durch zusätzliche Beiträge des Bundes, über die interkantonalen Schulabkommen sowie durch erhöhte Drittmittel sichergestellt werden. Der Globalbeitrag wurde zwischen 1997 und 2002, trotz Integration der Hochschule für Gestaltung und Kunst in die FHBB und unter Berücksichtigung der aufgelaufenen Teuerung, real um lediglich 0.5 Mio. Fr. erhöht. Ein wesentlicher Beitrag zur Kostendämmung wurde durch einen verbesserten Mitteleinsatz an der FHBB geleistet, indem das spezifische Ressourcenkontingent für jedes Produkt vorgegeben und im entsprechenden Leistungsauftrag als produktbezogenes Teilbudget aufgeführt ist. Diese Methodik, die zur Zeit im schweizerischen Hochschulbereich führend sein dürfte, unterstützt die Identifikation von Sparpotenzial. Sie zeigt aber auch die Möglichkeiten und Limiten weiterer Finanzoptimierungen deutlich auf.

Ausgehend von den für die laufende Budgetperiode beschlossenen Verzichtsmassnahmen wird die FHBB die dem Regierungsrat im Frühjahr 2002 zur Kenntnis gebrachte mittelfristige Finanzplanung revidieren. Die verstärkte Zusammenarbeit im Rahmen der Fachhochschule Nordwestschweiz wird im Jahr 2003 eine Klärung hinsichtlich der Produktpalette der drei Teilschulen bewirken und zur Ressourcenoptimierung beitragen. Die Peer Review 2001 (Evaluation aller Fachhochschulen durch den Bund im Hinblick auf die definitive Betriebsgenehmigung) bescheinigt der FHBB gute bis ausgezeichnete Ergebnisse für die Studiengänge. Sie weist jedoch deutlich darauf hin, dass die Anstrengungen im Bereich der anwendungsorientierten Forschung und Entwicklung noch ausgebaut werden sollten. Die Beiträge des Bundes sind zudem mit Auflagen

hinsichtlich der Klassengrösse verbunden. Zusätzlicher, dringend zu deckender Raumbedarf entsteht dabei bei der Hochschule für Gestaltung und Kunst. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch kaum seriös abzuschätzen sind die allfälligen finanziellen Folgen, die die Fachhochschulen aus der Umsetzung der vom Bund unterzeichneten Bologna-Deklaration zu gewärtigen haben (Einführung von Master-Studiengängen).

5.3. Budget und Entwicklung der Universität Basel

Das Budget 2003 sieht einen Gesamtaufwand von 297.9 Millionen Franken vor. Ausgeklammert sind nach wie vor die Aufwendungen für den Bereich der Klinischen Medizin, da die Kostenausscheidung zwischen Universität und Sanitätsdepartement Basel-Stadt noch nicht erfolgt ist. Erstmals ins Universitätsbudget integriert ist der Aufwand für das Programm "Mensch-Gesellschaft-Umwelt (MGU)". Das bisher von einer Stiftung des Kantons Basel-Landschaft getragene Programm wird vereinbarungsgemäss per 1.1.2003 in den Leistungsbereich der Universität integriert und aus Universitätsmitteln finanziert. Insgesamt 237.4 Millionen Franken des Gesamtaufwands der Universität sind durch staatliche Träger gedeckt. Der Kanton Basel-Landschaft bezahlt an den Betrieb und in den Erneuerungsfonds total 78.8 Millionen Franken (33.2%, ohne klinische Medizin). Auf den Kanton Basel-Stadt entfallen 99.1 Millionen Franken (41.7%, davon 26.4 Millionen Franken an unentgeltlichen Leistungen). Für Studierende anderer Kantone werden Beiträge von 26.5 Millionen Franken erwartet (11,2%). Der Grundbeitrag des Bundes beläuft sich auf 33 Millionen Franken (13.9%). Die Einnahmen aus Drittmitteln werden auf 85 Millionen Franken veranschlagt. Das Total der Erträge beläuft sich somit auf 296 Millionen Franken.

Damit weist das Budget ein Rechnungsdefizit von rund 1.9 Millionen Franken aus, bei gegenüber dem Jahre 2002 unveränderten Beiträgen der Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft. Nur einschneidende Sparmassnahmen des Universitätsrates verhindern indes ein erhebliches Ansteigen des Fehlbetrags: Der Personalaufwand aller Departemente und zentralen Einrichtungen wird um 2% gekürzt, der Investitionskredit für Apparate erfährt eine Reduktion um 10%. Fast alle Departemente müssen zudem notwendige Ausbauvorhaben zurückstellen.

Im Budgetbericht 2003 der Universität Basel wird der Budgetierungsprozess umfassend und transparent dargestellt. Er enthält zudem Angaben zur mehrjährigen finanziellen Entwicklung und Aussagen zur mittelfristigen Finanzplanung bis 2006. Die Entwicklung in den letzten Jahren und die strategischen Projekte sind im Jahresbericht der Universität dargelegt.

Das laufende Jahr wird, bei einem budgetierten Defizit von 0.7 Millionen Franken, voraussichtlich mit einem ausgeglichenen Ergebnis abschliessen. Die im Jahre 2001 erfolgte Erhöhung des Beitrags des Kantons Basel-Landschaft um jährlich 10 Millionen Franken sowie die für die Jahre 2002 und 2003 durch den Kanton Basel-Stadt zugesprochenen Sondermittel von insgesamt 7.5 Millionen Franken reichen für die Qualitätssicherung und Modernisierung der Lehre und Forschung hingegen nicht aus. Unter Berücksichtigung ihres heutigen Leistungsauftrags und unter der Annahme, dass der heutige Stand der strategischen Erneuerungsprojekte "eingefroren" würde, ist die Universität strukturell unterfinanziert. Die strategische Planung der Universität sieht für die Modernisierung und Qualitätssicherung in den Jahren 2003 bis 2006 eine stufenweise Erhöhung der öffentlichen und privaten Finanzmittel vor. Im Endausbau soll die Zunahme des universitären Budgets insgesamt 75 Millionen Franken betragen (davon ein Drittel aus den Kantonen Basel-Stadt und Basel-Landschaft). Der Ausbauschritt ist nach Ansicht der Universitätsleitung

unabdingbar, da sich die Universitäten angesichts veränderter Rahmenbedingungen der Bildungspolitik und einer verstärkten Wettbewerbssituation vor grosse Herausforderungen gestellt sehen. Die tiefgreifende Reform des Studienmodells aufgrund der vom Bund mitunterzeichneten Bologna-Deklaration, die Erhaltung der Konkurrenzfähigkeit im auch für den regionalen Wirtschaftsstandort bedeutenden Bereich der Forschung sowie die Stärkung des Schwerpunkts "Life Sciences" verlangen Mehranstrengungen auch finanzieller Art.

Wie sich das Engagement des Kantons Basel-Landschaft für die Universität in den nächsten Jahren gestalten wird, ist Gegenstand laufender Diskussionen der regierungsrätlichen Arbeitsgruppe zur Konkretisierung von § 12 des Universitätsvertrags. In Kenntnis der Vollkosten und Finanzströme für die Immobilien, die Investitionen und die medizinische Lehre und Forschung wird der Regierungsrat 2003 konkrete Szenarien für die Weiterentwicklung hin zu einer gemeinsamen Trägerschaft vorlegen.

6. Bemerkungen zur Investitionsrechnung

Die Nettoinvestitionen bewegen sich mit 149.6 Mio. Fr. auf dem Niveau des Vorjahresbudgets. Die Bruttoinvestitionen erhöhen sich gegenüber dem Vorjahr um 7.8% oder um 13.7 Mio. Franken. Das Investitionsniveau ist gegenüber der Rechnung 2001 sogar um 29 Mio. Franken oder um 18.1% höher.

Im Tiefbau sind es vor allem die Projekte H2 Augst-Liestal und Umfahrung Sissach sowie Neu- und Ausbauten der Kantonsstrassen, welche gegenüber dem Vorjahr zu einer Erhöhung der Investitionen im Umfang von 9 Mio. Franken führen. Das Investitionsniveau im Tiefbau beläuft sich insgesamt auf 108.2 Mio. Franken (Vorjahr: 99.3 Mio. Franken).

In Hochbauten werden insgesamt 54.1 Mio. Franken und damit 6.4 Mio. Franken mehr investiert (Sanierung Kaserne Liestal, Kantonsbibliothek Liestal, Sanierung Haus 5 Kant. Psychiatrische Dienste).

7. Finanzierungssaldo und Verschuldung

Aufgrund des Voranschlags 2003 resultiert ein Finanzierungssaldo von –59.2 Millionen Franken. Gemäss Finanzhaushaltsgesetz ⁷ ist dies der Rahmen, bis zu welchem der Regierungsrat Staatsanleihen auflegen kann. Dieser Finanzierungsbedarf ist eine Nettogrösse; das heisst, dass die Anleihenschulden um netto 59 Millionen Franken erhöht werden können. ⁸

8. Finanzplan 2004 – 2006

⁷ § 35 Absatz 1 Buchstabe f.

⁸ Als Alternativen zu öffentlichen Anleihen werden in der Praxis alle mittel- und langfristigen Finanzierungsinstrumente betrachtet und diesem Plafond angerechnet, also auch Privatplazierungen oder ähnliche Instrumente.

Dem Finanzplan (vgl. nachfolgend), der rollend der jährlichen Entwicklung angepasst wird, ist ein relativ moderates Realwachstum der Region und eine geringe Teuerung zugrunde gelegt.

Im Jahre 2002 wird das reale Bruttozialprodukt der Schweiz nur wenig wachsen. Vor allem die verlangsamte Dynamik der Weltwirtschaft bremste die Entwicklung. Die im Frühjahr prognostizierte Konjunkturerholung für die schweizerische Wirtschaft wird sich um zwei bis drei Quartale verzögern. Nach Überwindung der primär zyklisch bedingten Abschwächung des Wachstums wird jedoch damit gerechnet, dass die schweizerische Volkswirtschaft wieder relativ rasch auf den potentiellen Wachstumspfad zurückfindet. Die im laufenden Jahr mehrmals nach unten korrigierten Wachstumsprognosen lassen es aber ratsam erscheinen, dem Finanzplan keine euphorisch-optimistischen Annahmen zugrunde zu legen. Im Sinne einer eher vorsichtigen und konservativen Sichtweise rechnet der Finanzplan mit einem mässigen aber anhaltenden Wachstum, aber auch mit Vollbeschäftigung und annähernder Preisstabilität.

Dem Finanzplan 2004-2006 liegen folgende Annahmen zugrunde:

- Wachstum des realen Bruttoinlandproduktes (BIP) um 1.0% pro Jahr ab 2004.
- Erhöhung des Preisniveaus (gemessen am Landesindex der Konsumentenpreise um 1.0% pro Jahr ab 2004.
- Anpassung des Personalaufwandes um 2% pro Jahr (1% allgemeine Teuerung, 1% ES-Anstieg und Beförderungen).
- Nettoinvestitionensvolumen konstant 150 Millionen Franken pro Jahr.
- Entlastung des Haushaltes durch den NFA von 11 Millionen pro Jahr ab dem Jahr 2006 (berücksichtigt durch eine Reduktion der eigenen laufenden Beiträge).

Von den Direktionen wurden die geplanten Vorhaben sowie die gebundenen Ausgaben erhoben und in den Finanzplan integriert. Von den Gerichten liegt kein Finanzplan der Vorhaben vor. Nicht alle Vorhaben sind beschlossen. Sie wurden von der Regierung lediglich zur Kenntnis genommen aber noch nicht gewertet. Im Finanzplan sind Schätzungen u.a. folgender Vorhaben der Direktionen (Auflistung nicht abschliessend) berücksichtigt:

- FKD: Projekt Census Steuern.
- VSD: Begrenzung der Arbeitszeit der Assistenzärzte/ Begleitprogramm Lebenshilfe (Integra)/ Folgeplanung II Psychiatrie/ 2. Teilrevision KVG/ Sockelbeitrag an Zusatzversicherte in kantonseigenen Spitälern.
- BUD: Übernahme der Sekundarschulbauten durch den Kanton/ Erhöhter Sachaufwand infolge laufender Erweiterung des Liegenschaftsparks/ Erhöhte Beiträge an den öffentlichen Verkehr gemäss Ausbau des Leistungsauftrags/ Erhöhter Aufwand zur Werterhaltung resp. Gewährleistung der Betriebssicherheit der Hochleistungs- und Kantonsstrassen/ Erhöhte Erträge durch Gebührenerhöhung bei der Abwasserentsorgung.
- JPMD: Projekt Polycom: Sicherheitsnetzfunk der Schweiz.
- EKD: Schulsozialdienst Sekundarschulen (Bildungsgesetz)/ Übergabe der Musikerziehung an Gemeinden/ Projekte im Schulsektor: Verpflichtungskredit Internet/ Blockzeiten Kindergarten, Aufhebung Stundenreduktion Primarschulen (Bildungsgesetz)/ Wegfall des Gemeindebeitrages für Heime und IV-Sonderschulen (Bildungsgesetz)/ Kantonsbibliothek/ Auswertungen und Dauerausstellungen Archäologie und Kantonsmuseum/ Silberschatzausstellung, neue Ausstellung Römerstadt Augusta Raurica/ Umsetzung kantonales sportpolitisches Konzept.

Finanzplan für die Jahre 2004 bis 2006 (mit geplanten Vorhaben)

in Mio. Fr.	R 2001	E 2002	B 2003	F 2004	F 2005	F 2006
Aufwand						
Personalaufwand	758	775	844	877	898	915
Sachaufwand	245	251	252	277	283	288
Passivzinsen	55	51	51	53	56	60
Abschreibungen	149	149	144	159	171	184
Beiträge ohne Zweckbindung	113	111	76	77	77	78
Entschädigung an öffentl.						
Gemeinwesen	87	92	84	86	89	92
Eigene laufende Beiträge	673	722	725	784	822	854
Durchlaufende Beiträge	76	80	83	84	85	86
Einlagen in Spezialfinanzierung	6	10	8	8	8	8
Interne Verrechnungen	49	31	23	23	23	23
Total Aufwand	2'211	2'272	2'290	2'430	2'513	2'576
Ertrag						
Steuern	1'161	1'171	1'222	1'235	1'248	1'262
Regalien und Konzessionen	34	60	51	51	51	51
Vermögenserträge	90	73	68	69	69	70
Entgelte	362	369	383	390	394	398
Beiträge ohne Zweckbindung	75	111	109	118	120	123
Rückerstattungen	44	45	47	47	48	48
Laufende Beiträge	269	253	269	268	273	278
Durchlaufende Beiträge	75	80	83	84	85	86
Entnahmen Spezialfinanz.	0	0	0	0	0	0
Interne Verrechnungen	49	32	23	23	23	23
Total Ertrag	2'160	2'192	2'256	2'285	2'311	2'338
Saldo Laufende Rechnung	(51)	(80)	(34)	(145)	(202)	(249)
Abschreibungen Verw.vermögen	128	128	125	139	150	161
Selbstfinanzierung	77	48	91	(6)	(52)	(87)
Netto Investitionen	132	152	150	150	150	150
Finanzierungssaldo	(54)	(104)	(59)	(156)	(202)	(237)

Nicht berücksichtigt im Finanzplan sind folgende Projekte, die in Diskussion sind:

- Revision der Familienbesteuerung auf Bundesebene.
- Allfällige Annahme des Gegenvorschlages des Bundes zur Goldinitiative durch den Souverän im September 2002.

Der Finanzplan prognostiziert stark wachsende Negativsaldi der Laufenden Rechnung, da die Aufwandseite weit stärker wächst als die Erträge. Wird der Finanzplan verwirklicht, so würde zu Beginn der Planperiode eine negative Selbstfinanzierung eintreten, d.h. der Kanton müsste für das Bestreiten seines laufenden Haushaltes Geld aufnehmen. Für die Finanzplanjahre besteht somit Korrekturbedarf. Zur Erreichung einer ausgeglichenen Laufenden Rechnung bedarf es grosser Anstrengungen.

Der Regierungsrat erwartet in verschiedenen Bereichen Entlastungen. Mit der Einführung der Kosten- und Leistungsrechnung soll die Verwaltung effizienter geführt werden. Mit der regionalen Spitalplanung soll das Kostenniveau im Spitalbereich reduziert werden können. Der Regierungsrat wird aber nicht darum herum kommen, die bereits geplanten Projekte und auch bestehende Aufgaben einer Überprüfung zu unterziehen und Postrioritäten zu setzen. Bei Investitionen sollen Rationalisierungspotentiale besser ausgenützt werden. Im Hinblick auf das Budget 2004 und die kommenden Finanzplanjahre müssen in der Verwaltung Massnahmenpakete erarbeitet werden, welche vor allem auf der Ausgabenseite ansetzen.

9. Neue und geänderte Leistungsaufträge

Parallel zum Budget 2003 haben die Landeskanzlei und das Staatsarchiv einen Leistungsauftrag erarbeitet, der mit dem vorliegenden Budget zur Kenntnis gebracht wird. Damit sind die Leistungsaufträge in der Baselbieter Verwaltung flächendeckend eingeführt. Das Kantonsgericht bleibt die einzige Institution, welche dem Landrat noch keinen Leistungsauftrag zur Kenntnis gebracht hat. Ob im Kantonsgericht ein Leistungsauftrag erarbeitet werden soll, wird nach Ablauf der Reorganisationsphase entschieden.

In einigen Leistungsaufträgen der Justiz-, Polizei- und Militärdirektion sind Produkte dazugekommen bzw. weggefallen. Das Landwirtschaftliche Zentrum Ebenrain hat den bisherigen Leistungsauftrag überarbeitet, indem die Anzahl der Produkte reduziert worden ist. In der Finanz- und Kirchendirektion hat das Kantonale Sozialamt neue Produkte definiert. Die anderen Direktionen haben an ihren Leistungsaufträgen keine materiellen Änderungen vorgenommen.

9.1. Landeskanzlei und Staatsarchiv

Der Leistungsauftrag der Landeskanzlei umfasst die Produktgruppen "Dienstleistungen" (mit zehn Produkten) und "Publikationen" (mit fünf Produkten). Als generelle Zielsetzung wird folgendes festgehalten: "Die Landeskanzlei nimmt als zentrale Stabsstelle von Landrat und Regierungsrat eine grosse Zahl von direktions- und verwaltungsübergreifenden Aufgaben wahr. Die Landeskanzlei dient im Sinne einer effizienten und effektiven Aufgabenerfüllung den politischen Behörden und den Organen der Verwaltung mit Beratung, Unterstützung und Koordination."

Der Leistungsauftrag des Staatsarchivs umfasst die Produktgruppen "Sicherung" (mit fünf Produkten) und "Vermittlung" (mit zehn Produkten). Die erste Produktgruppe hat zum Ziel, die Nachvollziehbarkeit des staatlichen Handelns zu ermöglichen. Dies soll mit einer Verbesserung der Aktenführung in der Verwaltung, mit der Bestimmung der Archivwürdigkeit von Unterlagen und der sachgerechten Langzeitarchivierung gewährleistet werden. Die zweite Produktgruppe hat zum Ziel, dass das Staatsarchiv ein benutzerfreundliches, frei zugängliches und effizientes Informationszentrum für archivierte Dokumente der Kantonsbehörden und alle Arten von historisch ausgerichteten Fragen zum Kanton und seiner Bevölkerung ist.

9.2. Übersicht über die geänderten Leistungsaufträge

9.2.1 Finanz- und Kirchendirektion

Das *kantonale Sozialamt* hat den Leistungsauftrag überarbeitet und folgende neue Produkte eingeführt:

- Produkt 07203 Sozialhilfestatistik
- Produkt 07330 Inkassomassnahmen
- Produkt 07430 Case Management Krankenversicherung

Das Produkt 07540 "Implementierung des Sozialhilfegesetzes" wurde umbenannt in "Umsetzung EG KVG § 17c".

Der Leistungsauftrag der *Steuerverwaltung* hat Anpassungen erfahren aufgrund von neuen Verantwortlichkeiten und im Zusammenhang mit dem neuen einjährigen Veranlagungssystem (Bsp. Anpassungen Menge, Anpassung Zielsetzung).

9.2.2 Justiz-, Polizei- und Militärdirektion

Im Generalsekretariat wurden folgende neue Produkte definiert:

- Bei Stiftungsaufsicht: Anordnung von (dringenden) Massnahmen (00440)
- Bei Freiheitsentzug und Soziales:
 - Besondere Vollzugsformen 00870
 - Zivil- und Verwaltungsvollzug 00880

Gleichzeitig ist im Generalsekretariat das Produkt 00520 "Auskunft" beim Handelsregisteramt weggefallen. Neu hat die Stabsstelle Kommunikation einen Leistungsauftrag mit den Produktgruppen "Intervention gegen häusliche Gewalt", "Externe Kommunikation" und "Interne Kommunikation" erhalten.

9.2.3 Volkswirtschafts- und Sanitätsdirektion

Im geänderten Leistungsauftrag des *Landwirtschaftlichen Zentrums Ebenrain* werden insgesamt 5 Produkte weniger dargestellt als in der früheren Fassung. Bei dieser Umdefinition handelt es sich lediglich um eine Neugruppierung der geleisteten Produkte. Die Leistungsaufträge der *Kantonsspitäler* wurden formal angepasst.

Anträge

1. Dem Budget 2003 der Laufenden Rechnung mit einem Aufwand von 2'291.0 Millionen Franken (einschliesslich Abschreibungen auf dem Verwaltungsvermögen von 125.1 Millionen Franken) und einem Ertrag von 2'256.3 Millionen Franken, was einen Aufwandüberschuss von 34.7 Millionen Franken ergibt, wird zugestimmt.
2. Dem Investitionsbudget 2003 mit einem Aufwand von 188.9 Millionen Franken und einem Ertrag von 39.3 Millionen Franken, ergebend einen Aufwandüberschuss von Millionen 149.6 Franken, wird zugestimmt.
3. Von der Gesamtrechnung, bestehend aus einem Aufwandüberschuss in der Laufenden Rechnung von 34.7 Millionen Franken, Abschreibungen auf dem Verwaltungsvermögen von 125.1 Millionen Franken, einem Aufwandüberschuss in der Investitionsrechnung von 149.6 Millionen Franken, was einen Finanzierungsbedarf von 59.2 Millionen Franken ergibt, wird Kenntnis genommen.
4. Dem Voranschlag der Stiftung Kirchen- und Schulgut wird zugestimmt.
5. Die neuen Leistungsaufträge der Landeskanzlei und des Staatsarchivs und die geänderten Leistungsaufträge der Finanz- und Kirchendirektion, der Justiz-, Polizei- und Militärdirektion und der Volkswirtschafts- und Sanitätsdirektion werden zur Kenntnis genommen.

Liestal, 10. September 2002

Im Namen des Regierungsrates

Die Präsidentin: Schneider-Kenel

Der Landschreiber: Mundschin